



KREIS DITHMARSCHEN
Der Landrat
Fachdienst Gesundheit und Betreuung

Kreis Dithmarschen · Postfach 16 20 · 25736 Heide

Stettiner Str.30
25746 Heide

Auskunft
Telefon: 0481/97-4900

Ihre Zeichen/Nachricht vom

Mein Zeichen (Bitte immer angeben!)
101-1

Heide,
11.06.2021

Kreis Dithmarschen
Telefon: 0481/97-4900
Fax: 0481/97-4931
info@dithmarschen.de
www.dithmarschen.de

fd-gesundheitsschutz
@dithmarschen.de

**Allgemeinverfügung
des Kreises Dithmarschen**

**zur Bestimmung der Bereiche, in denen nach § 2a Abs. 2 Satz 1 der
Landesverordnung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2,
eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen ist**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß §§ 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie 28a Absatz 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Verbindung mit § 106 Abs. 2 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG) wird folgende Allgemeinverfügung erlassen:

1. In den in Ziffer 2 bezeichneten öffentlich zugänglichen Bereichen und Zeitraum auf dem Gebiet des Kreises Dithmarschen ist gemäß § 2a Abs. 2 Satz 1 der Landesverordnung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 (Corona-Bekämpfungsverordnung – Corona-BekämpfVO), verkündet am 11. Juni 2021, ist das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung verpflichtend. Ausnahmen und sonstige Anforderungen ergeben sich aus § 2a Abs. 1 und 3 der Landesverordnung. Personen, die keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen und für die eine Ausnahme nicht zutrifft, ist das Betreten, der Aufenthalt und die Nutzung der öffentlich zugänglichen Bereiche nicht gestattet.

Öffnungszeiten
Montag bis Freitag
08.00 - 12.00 Uhr
Donnerstag
14.00 - 17.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Bankverbindungen
Sparkasse Westholstein
IBAN: DE47 2225 0020 0084
5000 11
BIC: NOLA DE 21 WHO
Sparkasse Mittelholstein AG
IBAN: DE92 2145 0000 0000
0229 50
BIC: NOLA DE 21 RDB
Gläubiger-ID:
DE43 ZZZO 0000 0233 48
Umsatzsteuer-Nummer:
1829317016
Ust.ID-Nr.: DE 134806570

100ee erneuerbare
energie region
100%-ee-plus-region
Kreis Dithmarschen

RAL
GÜTEZEICHEN



Mittelstandsorientierte
Kommunalverwaltung



Metropolregion Hamburg

2. Das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung ist in folgenden Bereichen und folgendem Zeitraum verpflichtend:

Gemeinde Büsum

Die Tragepflicht besteht montags bis sonntags in der Zeit von 07:00 Uhr bis 20:00 Uhr:

- Im Bereich der Fußgängerzone Alleestraße und Hohenzollernstraße
- Seemeile
- Hohenzollernpassage
- Am Museumshafen
- Ankerplatz

Diese Allgemeinverfügung gilt **ab Montag, den 14. Juni 2021 bis einschließlich Sonntag, den 27. Juni 2021**. Eine Verlängerung ist möglich.

Die Anordnung ist gemäß § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

Begründung

Rechtsgrundlage für die getroffenen Maßnahmen sind §§ 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie 28a Absatz 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG). Nach § 28 Absatz 1 Satz 1 IfSG hat die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden oder sich ergibt, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Nach § 28 Absatz 1 Satz 2 IfSG kann die zuständige Behörde Veranstaltungen einer größeren Anzahl von Menschen beschränken oder verbieten und Badeanstalten oder in § 33 genannte Gemeinschaftseinrichtungen oder Teile davon schließen; sie kann auch Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte nicht zu betreten, bis die notwendigen Schutzmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Der Deutsche Bundestag hat am 25. März 2020 mit Inkrafttreten des § 5 Absatz 1 Satz 1 Infektionsschutzgesetz aufgrund der Ausbreitung des neuen Coronavirus in Deutschland eine epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt. Mit Beschluss vom 18. November 2020 hat er festgestellt, dass die epidemische Lage von nationaler Tragweite fortbesteht. Eine Aufhebung dieser Feststellung nach § 5 Absatz 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes ist bislang nicht erfolgt.

Gemäß § 2a Abs. 2 der Landesverordnung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 (Corona-Bekämpfungsverordnung – Corona-BekämpfVO), verkündet am 11. Juni 2021, kann für Fußgängerinnen und Fußgänger in Fußgängerzonen, Haupteinkaufsbereichen, Bahnhöfen und anderen innerörtlichen Bereichen, Straßen

und Plätzen mit vergleichbarem Publikumsverkehr, in denen typischerweise das Abstandgebot nicht eingehalten werden kann, eine Mund-Nasen-Bedeckung nach Maßgabe von § 2a Absatz 1 Corona-BekämpfVO vorgeschrieben werden tragen. Diese Verpflichtung gilt nicht bei der Nahrungsaufnahme und beim Rauchen, sofern dies jeweils im Sitzen oder Stehen erfolgt. Die Bereiche nach Satz 1 sowie zeitliche Beschränkungen werden von den zuständigen Behörden, im Bereich der Kreise nach Abstimmung mit den betroffenen kreisangehörigen Gemeinden, durch Allgemeinverfügung festgelegt und ortsüblich öffentlich bekanntgemacht.

Ein Einkaufsbereich nach der Corona-BekämpfVO ist eine Straße oder ein Platz mit Ladenzeilen, wo sich also ein Geschäft an ein anderes reiht, nicht aber die Nebenstraße, in der sich nur vereinzelt Geschäfte befinden, oder die angrenzende Parkzone. Ein Haupteinkaufsbereich zeichnet sich durch eine Konzentration von Einzelhandelsbetrieben, Gaststätten, Dienstleistungsunternehmen und oft auch kulturellen Einrichtungen auf engem Raum aus. Maßgeblich ist, ob der Handel und das öffentliche Leben in dem Bereich derart konzentriert sind, dass dort ein typischerweise erhöhter Publikumsverkehr vorliegt. Dabei kommt auch eine unterschiedliche Bewertung für jede Straßenseite in Betracht.

Ein vergleichbarer Publikumsverkehr kann etwa auf Kurpromenaden oder Bahnhofsvorplätzen vorkommen.

Für das Gebiet des Kreises Dithmarschen wurden die entsprechenden Bereiche nach Abstimmung mit den betroffenen kreisangehörigen Gemeinden durch diese Allgemeinverfügung festgelegt. Die örtlichen Gegebenheiten in den kreisangehörigen Ämtern und Städten wurden hierbei berücksichtigt, was durch die Differenzierung der zeitlichen Geltungsdauer und der örtlichen Gegebenheiten deutlich wird. Die betroffenen Bereiche sollen durch geeignete Beschilderung ausgewiesen werden.

Für die Gemeinde Büsum wurde aufgrund der Frequentierung durch Urlaubs-, Tagesgäste und Einheimische eine entsprechende Regelung getroffen. Eine ausdifferenzierte zeitliche Regelung für jeden einzelnen Bereich anhand der tatsächlichen Frequentierung als mildere Maßnahme ist nicht möglich, da diese auf allen betroffenen Straßen über den Tag durchaus unterschiedlich ist. Eine gleichmäßig hohe Besucherfrequenz zu allen Uhrzeiten und an allen Tagen ist nicht gegeben, so dass sich konkrete Zeitfenster innerhalb der regelmäßigen Öffnungszeiten für die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung nicht bestimmen lassen. Eine ausdifferenzierte zeitliche Regelung wäre auch nicht praktikabel und für die Fußgängerinnen und Fußgänger nicht nachvollziehbar. Sie stellt daher keine gleich geeignete mildere Maßnahme dar.

Dem Kreis Dithmarschen war und ist dabei bewusst, dass durch die mit der Allgemeinverfügung erfolgte konkrete Ausweisung von Bereichen, in denen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung verpflichtend ist, in elementare Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger des Kreises und darüber hinaus eingegriffen wird. Dies hat seinen

Grund darin, dass die Pandemie nach wie vor nicht in dem Umfang zum Stillstand gebracht werden konnte, der Beschränkungen entbehrlich gemacht hätte. Es bedarf weiterhin grundrechtseinschränkender Maßnahmen zur Eindämmung der Infektion.

Gleichzeitig prüft der Kreis, ob nicht die Verhältnismäßigkeit des staatlichen Handelns im weiteren Sinne eine Modifizierung der Maßnahmen nötig macht und damit weniger grundrechtseinschränkende Wirkungen für die Bürgerinnen und Bürger möglich sind.

Die aktuellen Maßnahmen werden fortlaufend evaluiert, um ihre Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit im Rahmen der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne zu überprüfen. Die nunmehr konkret festgelegten Maßnahmen entsprechen im Übrigen der aktuellen Corona-BekämpfVO. Daher ist der Kreis Dithmarschen zu einem entsprechenden Handeln gezwungen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreis Dithmarschen – Der Landrat - Fachdienst Gesundheit und Betreuung -, Esmarchstr. 50, 25746 Heide, eingelegt werden.
2. Der Widerspruch kann auch auf elektronischem Weg erhoben werden durch absenderbestätigende De-Mail nach dem De-Mail-Gesetz vom 28.04.2011 an das Postfach poststelle@dithmarschen.de-mail.de. Eine einfache E-Mail genügt nicht.

Auf Antrag kann das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Straße 13, 24837 Schleswig, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs ganz oder teilweise anordnen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Unterschrift

Stefan Mohrdieck
Landrat